

Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft

BACKBORD

Frühjahr/Sommer 2020

ZUSAMMEN GEGEN CORONA

WIE WIR GEMEINSAM
DURCH DIE KRISE KOMMEN

Die 15 wichtigsten Lehren aus der Corona-Pandemie

Seite 2

Kapitalismus macht krank! Linke Ideen für einen Neustart

Seite 5

Unser Rezept heißt Solidarität: DIE LINKE in der neuen Bürgerschaft

Seite 6

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

EDITORIAL



Corona muss uns alle wachrütteln!

Es kann alle treffen. Frauen, Männer, Hell- und Dunkelhäutige, Alte und Junge. Es ist egal, woher man kommt, wieviel Geld man hat, ob man unbekannt ist oder Boris Johnson heißt. Ob China, Italien, die USA oder Russland: Das Virus macht keinen Unterschied. Wenn die Corona-Krise uns etwas in Erinnerung gerufen hat, dann vielleicht die Tatsache, dass wir alle Menschen sind.

Und dennoch sind wir unterschiedlich hart von dieser Krise betroffen. Es ist eben doch nicht egal, wo man lebt, ob man einen sicheren Job und ein pralles Bankkonto hat – oder eben nicht. Die einen werden auf Kurzarbeit gesetzt und können ihre Familie gerade eben noch durchbringen. Andere kassierten selbst auf dem Höhepunkt der Krise Dividenden, Boni und Mieteinnahmen – als wäre nichts geschehen.

Wir finden das nicht in Ordnung.

Krankheiten kommen und gehen, das wird immer so bleiben. Ungerechtigkeit hingegen muss nicht sein. Sie lässt sich beseitigen.

Die Corona-Krise zeigt nämlich auch, wozu Menschen fähig sein können. Zu unglaublichen gemeinsamen Anstrengungen. Zu Mitgefühl und Solidarität. Dazu, die Gesundheit und die Sorge um die Mitmenschen wichtiger zu nehmen als so manches andere. Menschen ohne Ansehen der Person, ihrer Herkunft oder ihres Alters zu schützen und zu retten.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der man vielleicht vor Krankheiten, nicht aber vor ihren Folgen Angst haben muss. Dazu sollten wir aus der Pandemie die richtigen Schlüsse ziehen.

Herzlich, Cansu Özdemir und Sabine Boeddinghaus

(Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft)



CORONA

DAS SYSTEM IST KRANK

Corona müssen wir beseitigen. Den Kapitalismus aber auch. Die Krise hat vielen die Augen geöffnet. Wir sollten aus der Pandemie lernen

Wann werden wir das Virus endgültig in die Knie gezwungen haben? Im Augenblick kann das niemand genau sagen. Aber eins ist sicher: An den Folgen der Corona-Pandemie werden wir noch lange zu tragen haben.

Doch Corona ist auch eine Chance, Dinge endlich besser zu machen, die schon lange schief laufen. Vielen hat die Pandemie die Augen geöffnet. Wer sich bisher achtlos hat bedienen und pflegen lassen, hat in den Zeiten der Krise vielleicht besser verstanden, welche Bedeutung „systemrelevante“ Berufe haben. Wie wichtig soziale Kontakte, aber auch Freiheitsrechte sind, merkt man erst, wenn sie im Lockdown auf einmal nicht mehr da sind. Ob in der Wirtschaft, in der Umwelt, bei der Bildung und

im Sozialen: Überall sollten wir aus Corona lernen. Vor allem das Gesundheitssystem müssen wir dringend erneuern! Corona hat gezeigt, dass in unseren Krankenhäusern und Pflegeheimen einiges im Argen liegt. Es gibt zu wenige Stellen, das Pflegepersonal bekommt zu wenig Geld und leidet unter zum Teil katastrophalen Arbeitsbedingungen. Bereits vor der Corona-Krise hatten die Einsparungen zu Personalmangel und Pflegenotstand geführt. Kommerzialisierung und Privatisierung, das System der „Fallpauschalen“ und des Renditedrucks sind eine Sackgasse. Der Präsident der Bundesärztekammer Klaus Reinhardt hat recht, wenn er sagt: „Krankenhäuser sind Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und keine Industriebetriebe. Sie sollen dem Patienten dienen und nicht dem Profit.“

Die 15 wichtigsten Lehren aus der Corona-Pandemie

1.

Wir brauchen ein **krisenfestes Gesundheitssystem**. Nicht nur akute Behandlungen sind wichtig, sondern auch Prävention und Vorsorge für Notfälle. Dafür müssen wir aus dem profitorientierten Gesundheitssystem aussteigen. Die Sparpolitik muss gestoppt werden. Das System der „Fallpauschalen“ muss weg!

2.

Raus aus der **Zwei-Klassen-Medizin!** Jeder Mensch muss unabhängig vom Einkommen das Recht auf eine gute medizinische Behandlung bekommen. Die Spaltung der Gesellschaft in Privat- und Kassenpatienten_innen muss überwunden werden. Wir brauchen eine einheitliche Krankenversicherung, in die alle einzahlen.



3.

Die Corona-Krise hat allen vor Augen geführt, wie wichtig die Arbeit der Beschäftigten in den Pflegeheimen, Krankenhäusern und Altersheimen ist. Doch Applaus und eine Einmalzahlung reichen nicht! Angehörige der **Pflegeberufe** brauchen endlich dauerhaft mehr Geld und vernünftige Arbeitsbedingungen.

4.

Gleiches gilt für die Menschen in den so genannten „system-relevanten Berufen“. Die Arbeit in Supermärkten, in Kitas und Schulen, in Bussen, Bahn, Paketdiensten und auf den Äckern ist für die Gesellschaft mindestens so wichtig wie die in Firmenzentralen und Vorstandsetagen. „Danke“ heißt mehr Gehalt. **Löhne rauf** für alle, die „den Laden am Laufen halten“.



5.

Es ist richtig, Selbständigen und Unternehmen in der Krise zu helfen. Doch müssen **Staatshilfen** stets an Bedingungen geknüpft werden. Wer zum Beispiel seinen Firmensitz in eine Steueroase verlegt hat, darf keine Steuergelder bekommen. Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren? Damit muss Schluss sein.

6.

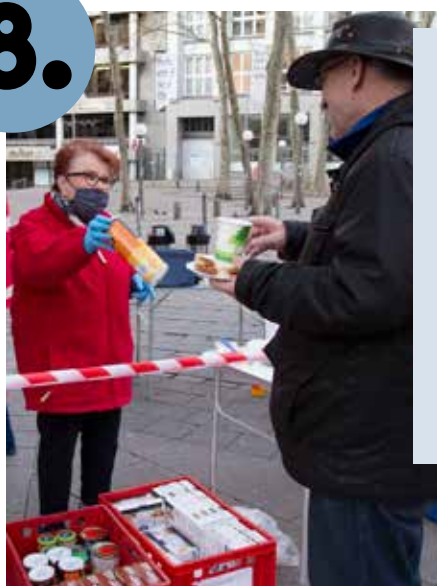


Die Corona-Krise hat einmal mehr gezeigt, dass wir uns auf den Markt nicht verlassen können. Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat. Das Kaputtsparen der öffentlichen Hand muss ein Ende haben. Dazu gehört auch, dass die so genannte **Schuldenbremse**, die wegen der Krise zurzeit ausgesetzt ist, nicht wiederkommt.

7.

Die Kosten der Krise werden unsere Gesellschaft noch über Jahre belasten. Wir müssen dafür sorgen, dass sie nicht von den schwachen, sondern von den starken Schultern getragen werden. Mit dem bisherigen Steuersystem ist das nicht möglich. Deshalb brauchen wir eine **Vermögenssteuer** und ein **Lastenausgleichsgesetz**.

8.



Eine Gesellschaft ist immer nur so human, wie sie mit ihren Schwächsten umgeht. Obdachlose, Arme und Geflüchtete müssen vor Krankheit und Elend genauso geschützt werden wie alle anderen. Dazu gehört eine menschenwürdige und hygienische Unterbringung. **#LeaveNoOneBehind** bedeutet: Niemand darf zurückgelassen werden!

9.

Um die Ausbreitung der Krankheit zu vermeiden, können Einschränkungen der **Grundrechte** notwendig werden. Dennoch ist es auch in der Krise wichtig, die Freiheitsrechte zu schützen. Demonstrationen, die alle Hygieneregeln einhalten, müssen erlaubt bleiben. Grundrechte dürfen nur so lange eingeschränkt werden, wie es medizinisch notwendig ist.

10.

Eine Pandemie lässt sich nur bekämpfen, wenn alle zusammenhalten. **Internationale Solidarität** gegen die Krankheit bedeutet, Kranken grenzüberschreitend zu helfen, Flüchtlinge aus den überfüllten Lagern zu retten und armen und von Corona besonders betroffenen Ländern die Schulden zu streichen.



DER WEG IN DIE KRISE

Wie das Hamburger Gesundheitswesen privatisiert und kaputtgespart wurde

- 2001** CDU, Schill-Partei und FDP beschließen die Privatisierung der Hamburger Krankenhäuser
- 2002** Ein Volksbegehren sammelt 110.000 Unterschriften gegen die Privatisierung
- 2003** Der Senat entscheidet dennoch, die Krankenhäuser an den Asklepios-Konzern zu verkaufen
- 2004** Es kommt zum Volksentscheid. 76,8 Prozent, fast 600.000 Menschen, stimmen gegen die Privatisierung
- 2005** Auch das Bundeskartellamt äußert Bedenken, der Verkauf wird dennoch vollzogen
- 2007** Die Stadt Hamburg verkauft jetzt auch alle städtischen Pflegeheime. „Pflegen und Wohnen“ fällt in die Hände eines Investors
- 2010** 1.746 Angestellte der privatisierten Krankenhäuser wollen in den Öffentlichen Dienst zurück. Ihre Übernahme kostet die Stadt mindestens 140 Millionen Euro
- 2016** Der ‚Spiegel‘ veröffentlicht eine Recherche zur Privatisierung der Hamburger Krankenhäuser und kommt zu dem Schluss: „Die Stadt wurde über den Tisch gezogen.“
- 2017** Der Hedgefonds Oaktree Capital Management übernimmt „Pflegen und Wohnen“
- 2017** Die Fraktionen von Linken, SPD und Grünen stellen in einem gemeinsamen Antrag fest, dass der Verkauf für die Stadt „ein schlechtes Geschäft“ gewesen sei
- 2018** Die Volksinitiative gegen den Pflegenotstand sammelt 27.623 Unterschriften
- 2019** Der umstrittene Wohnungskonzern Deutsche Wohnen übernimmt „Pflegen und Wohnen“
- 2019** Der Hamburger Senat stoppt die Volksinitiative gegen den Pflegenotstand mit einer Klage vor dem Verfassungsgericht
- 2020** 12.5.2020: Demonstrationen gegen Fallpauschalen, Privatisierung und Pflegenotstand vor dem AK St.Georg, dem UKE, der Schön Klinik und der Helios Klinik in Altona

Corona hat gezeigt, wie wichtig unsere Schulen sind. Für die Dauer der Krise mag Homeschooling vielleicht funktionieren. Auf lange Sicht aber verstärkt es die soziale Spaltung. Familien mit wenig Geld, Platz und Technik können den Unterricht zuhause nicht leisten. Wir müssen die Schulen als Lernorte stärken, um für mehr **Bildungsgerechtigkeit** zu sorgen.

11.



12.

Corona hat gezeigt, dass Menschen, die in Not geraten sind, bedingungslos geholfen werden muss. Warum eigentlich nur in der Krise? Wir meinen, dass wir die Pandemie zum Anlass nehmen sollten, alle **Hartz-Sanktionen** endgültig abzuschaffen. Wer Menschen in Not helfen will, darf sie nicht mit Strafen bedrohen und überwachen.

13.

Leere Autobahnen, saubere Luft, eine Atempause für Natur und Umwelt: Auch das sind die Folgen des Lockdowns. Wir sollten nach Corona nicht zum alten Zustand zurückkehren, sondern unsere Lehren für den **Umweltschutz** ziehen. Zum Beispiel, indem wir Fahrrädern mehr Platz im Straßenverkehr einräumen.



14.



Menschen, die wegen Corona in Schwierigkeiten geraten sind, werden zurzeit besonders geschützt. So darf wegen Zahlungsrückständen weder Strom noch Wasser abgestellt werden, noch darf jemand aus der Wohnung geworfen werden. Das muss so bleiben! Denn **Wohnen** ist ein Menschenrecht, ebenso wie die Grundversorgung mit Strom und Wasser.

15.

Während Internet-Giganten wie Amazon Profite machen wie noch nie, kämpfen lokale **Kleingewerbetreibende** ums Überleben. Wir müssen sie nicht nur gegen die Folgen der Pandemie verteidigen, sondern dafür sorgen, dass sie langfristig eine Perspektive in unseren Nachbarschaften haben.

WIE CORONA LINKE IDEEN BEFLÜGELT

RAUS AUS DER KRISE

Hartz IV: aufgeweicht. Schuldenbremse: ausgesetzt. Verstaatlichungen: möglich. „Im Kampf gegen die Coronakrise werden in Deutschland plötzlich lang gehegte linke Träume wahr“, schrieb kürzlich der ‚Spiegel‘ – und er hat Recht! Denn Corona hat vor allem eins gezeigt: In der Krise haben die Märkte auf der ganzen Linie versagt.

Tatsächlich lesen sich manche Schutzmaßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus wie ein linkes Regierungsprogramm. Auf einmal wurde der Kündigungsschutz bei Wohnungen verbessert, Strom-, Gas- und Wassersperren ausgesetzt.

„Die Pandemie rückt linke Positionen ins Zentrum der Debatte“, schreibt selbst die ‚Wirtschaftswoche‘. Kapitalistische Grundweisheiten werden auf einmal hinterfragt. Neoliberale in Leopoldina und Bertelsmann-Stiftung müssen sich fragen lassen, ob die von ihnen vorgeschlagene massenhafte Schließung



von Krankenhäusern vielleicht doch keine gute Idee war. „Schulen und Feuerwehr müssen sich auch nicht rechnen“, schreibt vollkommen zurecht die ‚Süddeutsche Zeitung‘. Und fragt: „Warum dann Kliniken?“

Laut dem Ökonomen Marcel Fratzscher zeigt die Krise die Grenzen freier Märkte. „Ich würde schon sagen, dass die Corona-Krise so etwas wie der letzte Sargnagel für den Neoliberalismus ist“, sagt der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) – und spricht damit aus, was zurzeit viele denken.

Das zeigt auch das miserable Krisenmanagement der neoliberalen Staatschefs Trump, Johnson, Macron und Bolsonaro. Sie sehen in der Corona-Krise besonders alt aus. Denn die marktradikalen Konzepte, die sie vertreten, erweisen sich in der Krise als unbrauchbar.

„Es ist schon interessant, dass plötzlich Dinge möglich sind, die früher als irre und unfinanzierbare Forderungen beschimpft wurden“, sagt Dietmar Bartsch, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Deutschen Bundestag. „Ich bin mir sicher, dass sich die Denkweise im Land bei einigen Fragen grundlegend verändern wird.“

UMWELT

KLIMASCHUTZ – wichtiger denn je!

Lange nicht mehr war die Luft so sauber, die Straßen so leer. Um eine Katastrophe bei Corona zu verhindern, zeigt die Politik auf einmal, dass sie durchgreifen kann. Notwendige Maßnahmen, um den Klimakollaps aufzuhalten, stehen dagegen immer noch hinter den Gewinninteressen der Wirtschaft zurück. Ganz nach dem Motto: nach uns die Sintflut. Das zeigt leider auch der Hamburger Klimaplan, der im Januar 2020 beschlossen wurde: Hinter den 400 Maßnahmen, die dort aufgelistet werden, steckt viel heiße Luft und wenig Konkretes. Um die Klimaziele des Pariser Abkommens zu erreichen, müsste Hamburg bis 2035 klimaneutral sein – und nicht erst 2050, wie im Klimaplan angepeilt. Wie kriegen wir Umwelt- und Klimaschutz ohne Lockdown hin?

Verkehrswende statt neue Autobahnen!

Mehr Straßen führen zu mehr Autoverkehr – dieser Zusammenhang lässt sich immer wieder beobachten. Die Verkehrsemissionen sind in den vergangenen Jahren gestiegen. Trotzdem will die Stadt im Hamburger Süden eine neue Autobahn bauen, die A26 Ost.

Wir meinen, dass das Geld stattdessen klimafreundlich investiert werden sollte: in den Ausbau des Schienennetzes, in mehr Radwege und neue Bahnlinien.

Raus aus der Kohle!

Im vergangenen Jahr hat Hamburg das Votum eines Volksentscheides aus dem Jahr 2013 umgesetzt und das zentrale Fernwärmenetz vom schwedischen Unternehmen Vattenfall zurückgekauft, ebenso wie die Heizkraftwerke Tiefstack und Wedel. Der Kohleausstieg ist aber nur in Zeitlupe geplant: Erst 2030 soll Schluss sein mit der kohlebasierten Wärmeerzeugung. Notwendig wäre ein Kohleausstieg bis 2025 bei der Fernwärme und bis 2030 aus der Stromerzeugung.

Klimaschutz sozial gerecht!

Weltweit trifft der Klimawandel die Menschen am härtesten, die am wenigsten Mittel haben, um sich zu schützen. Ernteausfälle, Überflutungen, Wassermangel: Den Reichen dieser Welt wird das nicht so viel ausmachen. Die Maßnahmen zum Klimaschutz dürfen nicht dazu führen, dass die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinanderklafft. Maßnahmen

wie ein kostenloser HVV würden Mobilität für alle ermöglichen und den Autoverkehr reduzieren. Es ist notwendig, alle Gebäude in Hamburg energetisch zu sanieren – allerdings sollten die Kosten nicht auf die Miete aufgeschlagen werden dürfen.



Klimaschutz muss auch ohne Lockdown funktionieren

DIE LINKE IN DER NEUEN BÜRGERSCHAFT

UNSER REZEPT HEISST SOLIDARITÄT

Mitten in der Corona-Krise stellt sich die LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft neu auf. Mit einer guten Mischung aus erfahrenen und neuen Abgeordneten will sie frischen Wind ins Parlament bringen

Drei Wochen vor Beginn des Lockdowns wurde in Hamburg die neue Bürgerschaft gewählt. Eigentlich noch gar nicht so lange her – und doch kommt es uns vor wie eine halbe Ewigkeit. Allein die Themen, die damals im Wahlkampf eine Rolle spielten! Corona hat erst einmal alles verdrängt. DIE LINKE erreichte am 23. Februar 9,1 Prozent der Stimmen und damit

ihr bislang bestes Bürgerschaftswahlergebnis. Mit 13 Abgeordneten ist DIE LINKE in den kommenden fünf Jahren in der Bürgerschaft vertreten, drei mehr als bisher, sieben Frauen und sechs Männer.

Corona-bedingt ist der Politikbetrieb bisher nur langsam in Gang gekommen. Die Bürgerschaftssitzungen wurden in einen größeren Saal verlegt, damit die Abgeordneten Abstand halten können. Die Verhandlungen

über eine Fortsetzung der rot-grünen Senatskoalition begannen mit Verspätung. Unsere Fraktion hat ihren Vorstand und ihre Vorsitzenden vorerst nur provisorisch für die Dauer von sechs Monaten gewählt. Den Vorsitz haben weiterhin Cansu Özdemir und Sabine Boeddinghaus als Doppelspitze inne, Deniz Celik und Heike Sudmann sind Stellvertreterin bzw. Stellvertreter, Letztere ist weiterhin Parlamentarische Geschäftsführerin.

SABINE BOEDDINGHAUS

Fachsprecherin für Bildung und Schule, Familie und Jugend

✉ sabine.boeddinghaus@linksfraktion-hamburg.de
 f fb.com/sabine.boeddinghaus
 t @s_boeddinghaus
 i @sabine.boeddinghaus



„ Ich trete für die Eine Schule für Alle ein, weil diese demokratischer und sozial gerechter als das Zwei-Säulen-Modell ist. Mit unserem Entwurf für ein inklusives Schulgesetz haben wir gezeigt, dass dieses Ziel umsetzbar ist, wenn es politisch gewollt ist.

CANSU ÖZDEMİR

Fachsprecherin für Frauen, Inklusion und Justizpolitik

✉ cansu.oezdemir@linksfraktion-hamburg.de
 f fb.com/cansu.oezdemir72
 t @cansuoezdemir
 i @cansu.oezdemir



„ Ich kämpfe für eine sozial gerechte Stadt, in der alle Menschen teilhaben können, unabhängig vom Geldbeutel! Die Bekämpfung der sozialen Spaltung bedeutet auch, die Demokratie zu stärken. Dazu brauchen wir Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern.

HEIKE SUDMANN

Fachsprecherin für Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik

✉ heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de
 f fb.com/heike.sudmann.56
 t @heikesudmann
 i @heikesudmann



„ Es gibt eine Alternative zu den Profitinteressen, die unsere Gesellschaft beherrschen und den Reichtum weniger und die Armut vieler vermehren. In der Bürgerschaft setze ich mich ein für preisgünstige Wohnungen und gegen den Mietenwahnsinn, für weniger Autos und mehr Fuß, Rad, Bus und Bahn.

DENIZ CELİK

Fachsprecher für Gesundheit und Innenpolitik

✉ deniz.celik@linksfraktion-hamburg.de
 f fb.com/denizcelik.hh
 t @denizcelikhh
 i @denizcelikhh



„ Das Profitstreben im Gesundheitssystem geht zulasten der Patient_innen. Ich möchte, dass alle Menschen unabhängig von ihrem sozialen Status die bestmögliche Gesundheitsversorgung erhalten. Gesundheit ist keine Ware. Daher gehören Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser in die öffentliche Hand.

DR. CAROLA ENSSLEN

Fachsprecherin für Flucht und Migration, freiwilliges Engagement, Queer und Verfassungspolitik

✉ carola.ensslen@linksfraktion-hamburg.de
 f fb.com/drcarolaensslen
 t @caro_3009
 i @carola_ensslen



„ Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind durch tiefe soziale Spaltungen gekennzeichnet. In der Bürgerschaft möchte ich etwas für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Hamburg tun. Nur mit einer Politik der sozialen Gerechtigkeit erreichen wir mehr Teilhabe für Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen.

OLGA FRITZSCHE

Fachsprecherin für Wirtschaft, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

✉ olga.fritzsche@linksfraktion-hamburg.de
 f fb.com/olga.fritzsche.5
 i @olgafrizsche



„ Die Selbstregulierung des Marktes reicht nicht aus in der Wirtschaftspolitik. Zusammen mit Beschäftigten, mit Erwerbslosen, mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Initiativen setze ich mich für eine Form von Wirtschaftspolitik ein, die nicht die Profitmaximierung im Fokus hat, sondern sozial- und naturverträglich ist.



Mit Abstand am besten: die 13 Abgeordneten der LINKEN vor dem Hamburger Rathaus (beim Fototermin fehlte Mehmet Yildiz)

STEPHAN JERSCH

Fachsprecher für Umwelt und Energie, Tierschutz, Tourismus, Bezirke und Landwirtschaft

- stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de
- fb.com/stephan.jersch
- [@stephanjersch](https://twitter.com/stephanjersch)
- [@stephanjersch](https://www.instagram.com/stephanjersch)



Wir brauchen in Hamburg eine Politik, die Natur und Menschen wieder vor die Interessen von Investor_innen und deren Profit setzt. Wir brauchen eine Klimawende mit Klimagerechtigkeit, eine Umweltpolitik, die Umweltgerechtigkeit vorne an stellt. Mit grünem Kapitalismus werden wir die sozialen und ökologischen Herausforderungen nicht meistern.

DR. STEPHANIE ROSE

Fachsprecherin für Diversity, Wissenschaftspolitik und Soziales

- stephanie.rose@linksfraktion-hamburg.de
- fb.com/dielinke.rose
- [@dielinke_rose](https://twitter.com/dielinke_rose)
- [@dielinke_rose](https://www.instagram.com/dielinke_rose)



Mir ist es wichtig, dass ein Zugang zu Hochschulen nicht länger vom Elternhaus bestimmt wird. Wir brauchen einen Ausbau der Möglichkeiten, auch ohne Abitur studieren zu können. Zudem müssen unsere Hochschulen aus der Abhängigkeit von prekärer Arbeit und Drittmittelgebern befreit werden.

INSA TIETJEN

Fachsprecherin für Kinder und Kindertagesstätten, Ausbildung und Religion

- insa.tietjen@linksfraktion-hamburg.de
- fb.com/insa.tietjen.mdhb
- [@insatietjen](https://www.instagram.com/insatietjen)



Die soziale Ungerechtigkeit hat sich in den letzten 20 Jahren dramatisch verstärkt. Die strukturellen Ursachen lassen sich in der Bundespolitik ("Hartz-Reformen"), aber auch in der mangelnden Finanzierung von Unterstützungsangeboten in den einzelnen Stadtteilen finden. In der Bürgerschaft setze ich mich dafür ein, dass niemand zurückgelassen wird.

NORBERT HACKBUSCH

Fachsprecher für Hafen, Kultur, Medien und öffentliche Unternehmen

- norbert.hackbusch@linksfraktion-hamburg.de
- fb.com/norbert.hackbusch

Hamburg wurde sozial gerade in den letzten Jahren immer weiter auseinandergerissen: 200.000 Menschen unter der Armutsgrenze, 20 Prozent der Hamburger Kinder leben von Hartz IV und es gibt immer mehr Jobs, von denen niemand richtig leben kann. Das ist nicht nur schreiend ungerecht, sondern gefährdet auch die Zukunft dieser Stadt.



METIN KAYA

Fachsprecher für Migration und interkulturelles Zusammenleben, Technologie und Netzpolitik

- metin.kaya@linksfraktion-hamburg.de
- fb.com/metinkaya2020
- [@MetinKa45651966](https://twitter.com/MetinKa45651966)

60 Jahre nach Beginn der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte muss die Gleichberechtigung von Migrant_innen endlich realisiert werden. Wahlrecht und die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft ohne den Zwang, die bisherige Staatsbürgerschaft abzulegen, müssen gewährleistet werden.



DAVID STOOP

Fachsprecher für Gewerkschaftspolitik und öffentlichen Dienst, Europa und Haushalt

- david.stoop@linksfraktion-hamburg.de
- fb.com/HHDavidStoop
- [@HHDavidStoop](https://twitter.com/HHDavidStoop)
- [@stoopdavid](https://www.instagram.com/stoopdavid)

Gute Arbeit muss gut bezahlt werden. Ich setze mich für einen höheren Mindestlohn und mehr Tarifbindung ein. Weil die Beschäftigten den Reichtum erwirtschaften, müssen sie auch in angemessener Weise an Entscheidungen im Betrieb beteiligt werden. Die Demokratie darf nicht am Werkstor oder im Büro enden. Ich engagiere mich deshalb für eine Vertiefung der betrieblichen Mitbestimmung.



MEHMET YILDIZ

Fachsprecher für Sport und Friedenspolitik

- mehmet.yildiz@linksfraktion-hamburg.de
- fb.com/YildizMehmetLinke
- [@MehmetYildiz_HH](https://twitter.com/MehmetYildiz_HH)
- [@mehmetyildizmdhb](https://www.instagram.com/mehmetyildizmdhb)

Wir haben die Pflicht, gegen die wachsende Armut in der Gesellschaft zu kämpfen. Eine weitere unserer Aufgaben ist für Frieden zu wirken und dafür unter anderem die Waffenexporte über den Hamburger Hafen zu stoppen. Ich kämpfe für eine soziale und solidarische Stadt, in der Kinder nicht in Armut aufwachsen, in der kein Mensch auf der Straße leben muss, in der alle Menschen wählen können und kostenlose Bildung von der Kita bis zur Universität bekommen.



STADTENTWICKLUNG

GIGANTISCH HÄSSLICH

Nicht nur der geplante Elbtower ist ein Flop. Auch an der Sternbrücke, am Diebsteich und auf dem Grasbrook wird unsere Stadt gerade gehörig verschandelt. Der Senat nutzt die Corona-Krise, um die umstrittenen Bauvorhaben ohne vernünftige Beteiligung durchzuziehen



Luft raus: Wie kein anderes Bauprojekt steht der geplante Elbtower für eine Stadtentwicklungspolitik von gestern

Während das öffentliche Leben in Hamburg nur eingeschränkt stattfindet, wird an vielen Stellen der Stadt weiter geplant und gebaut. Zu fragen ist: Wer profitiert davon, wer darf mitreden und wie wird Beteiligung unter Corona organisiert? Wir finden: Stadtentwicklung geht nur mit den Menschen, mit den Betroffenen zusammen. Die Realität aber ist eine andere.

Nehmen wir den **Bahnhof Diebsteich**.

Unter hohem Zeitdruck hat die Senatskoalition den Antrag zur Verlegung des Bahnhofs Altona nach Diebsteich durch die Bürgerschaft gepeitscht. Die vorgesehenen Debatten in den Fachausschüssen wurden verweigert. Die Kernfrage, ob der neue Bahnhof für den massiven Ausbau der Schienenkapazitäten und für die Verdoppelung der Fahrgastzahlen ausreicht, bleibt unbeantwortet. Hier werden Steuergelder verschwendet für ein Projekt, dessen Zukunftsfähigkeit in den Sternen steht. Zur Krönung sollen die Anwohner_innen jetzt auch noch eine Konzerthalle für 4.000 Besucher_innen vor die Nase gesetzt bekommen, obwohl diese in der vorangegangenen Bürger_innenbeteiligung nie ein Thema war.

Auf dem **Kleinen Grasbrook** soll Hamburgs 106. Stadtteil entstehen. 2015 plante der Senat hier eine schicke Olympia-City mit Stadion und olympischem Dorf. Nach dem Platzen der Olympia-Träume soll jetzt eine Art zweite Hafen-City entstehen. Ein edles Quartier, zur benachbarten Veddel abgegrenzt durch einen hohen Häuserriegel. Unseren Vorschlag für ein Innovationsquartier mit hohem Sozialwohnungsanteil und vielfältigen Arbeitsplätzen, das auch die Veddel einbezieht, lehnen SPD und Grüne ab.

Unter der **Sternbrücke** befindet sich Zentrum der Clubszenen der Stadt. Die Deutsche Bahn will die unter Denkmalschutz stehende Brücke nicht sanieren, sondern durch eine mit 21 Metern doppelt so hohe Konstruktion à la Fehmarnsund-Brücke ersetzen. Mehrere Wohnhäuser, Musikclubs, Kneipen und ein Künstler_innenhaus müssten weichen. Trotz des Protests von Anwohner_innen, Denkmalschutz, Architekturbünden, Clubszenen und Stadtteilinitiativen wurde bereits Mitte April (!) das Planfeststellungsverfahren vorbereitet, gerade mal 17 Bürger_innen durften die Pläne live sehen und Fragen stellen.

Ganz ähnlich auch der Umgang des Senats mit der Planung für den **Schulcampus Lohsepark**. Hier hat die öffentliche Auslegung des 540-seitigen, umstrittenen Bebauungsplan-Entwurfs „HafenCity 10“ mitten im Corona-Lockdown stattgefunden. Ein Unding, denn Beteiligung wurde so nahezu ausgehebelt. Zeit für eine neue, bessere Stadtentwicklungspolitik!



Die alte, schlanke Sternbrücke...



... soll durch eine gigantische Konstruktion ersetzt werden

IMPRESSUM

Backbord – Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft
Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg • Telefon: 040 – 42831-2250

E-Mail: info@linksfraktion.hamburg.de | Web: www.linksfraktion-hamburg.de

Twitter: twitter.com/linksfraktionhh | Facebook: fb.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg | Instagram: instagram.com/linksfraktionhh

V.i.S.d.P.: Heike Sudmann • Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg | Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Gestaltung: Karin Desmarowitz • www.karindesmarowitz.de

Fotos: Karin Desmarowitz (S. 3: Pflegeberufe, Obdachlosenbus; S. 4: Schule, Wasserabsperren; S. 5: Flughafen; S. 6-7: Abgeordnete; S. 8: Sternbrücke oben) | Die Linke (S. 2: Fraktionsvorsitzende; S. 4: Pop-up Bike-Lane; S. 6-7: Abgeordnete) | Chipperfield Architekten (S. 8: Elbtower / Bearbeitung: Karin Desmarowitz) | flickr_Deutsche Bundesbank_CC BY-ND 2.0 (S. 3: Geldscheine) | flickr_Rasande Tyskar_CC BY-ND 2.0 (S. 3 Grundrechte) | pixabay_Sasin Tipchai (S. 2: Klinik) | Vössing Ingenieurgesellschaft mbH (S. 8: Sternbrücke unten) | Wikipedia_John Mayall jun._CC BY-ND 2.0 (S. 5: Karl Marx / Bearbeitung: Karin Desmarowitz)

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft